Untersuchungsausschuß vernahm weitere Zeugen

Im Mittelpunkt: Beratervertrag

Am 1. Februar wurde die Reihe der Zeugenvernehmungen vor dem **Parlamentarischen Untersuchungsausschuß,** der mögliche Querverbindungen zwischen der Firmengruppe des Homberger Bauunternehmers Josef Kun und Beamten oder Mandatsträgern untersucht, fortgesetzt. Zunächst wurde der Redakteur Ulrich Manz vernommen. Er hatte, wie er vor dem Ausschuß ausführte, mit dem verstorbenen Landtagsabgeordneten und früheren Gladbecker Oberbürgermeister Kalinowski insgesamt vier längere Gespräche geführt, davon eines an dem Tag, an dem Kalinowski sein Amt als Oberbürgermeister aufgeben mußte.

Kalinowski habe ihm den Entwurf eines Beratervertrages gezeigt, der zwischen ihm und einer der Kun-Firmen abgeschlossen werden sollte und ihm daraus auch einige Passagen vorgelesen. Danach sollte Kalinowski monatlich 2500 DM bekommen und als Gegenleistung Planungs- und Verwaltungsarbeiten erbringen. Kalinowski sei sich darüber im klaren gewesen, daß dieser Vertrag ihm sicherlich in der Öffentlichkeit negativ angelastet würde, zumal schon Vorwürfe gegen ihn erhoben worden waren; er wäre aber der Auffassung gewesen, es sei nicht mehr als recht und billig, daß er für die viele Arbeit, die er leisten müsse, auch Geld bekomme. Josef Kun und alle vor dem Untersuchungsausschuß bisher gehörten Mitarbeiter seiner verschiedenen Firmen hatten dagegen betont, derartige Beraterverträge gäbe es bei ihm überhaupt nicht, auch Kalinowski sei kein solcher Vertrag angeboten worden.

Als der Zeuge gefragt wurde, ob er weitere Tatsachen kenne, die für den Untersuchungsauftrag des Ausschusses interessant wären, erklärte er: Kun habe ihm im Verlauf eines längeren Gesprächs mehrfach gesagt, der Moerser SPD-Landtagsabgeordnete und Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Friedel Neuber, sei „im Geschäftsinteresse der Gruppe ein wertvoller und bedeutsamer Freund". Kun habe sich dazu allerdings trotz seiner Fragen nicht näher erklärt. Weiter berichtete der Zeuge, er wisse von einem Kollegen, daß ein Duisburger Polizeibeamter, der im 1. (politischen) Kommissariat tätig und gleichzeitig Kommanditist einer Kun-Firma sei, Details aus dem Geschäfts- und Privatleben des Vorsitzenden einer Bürgerinitiative ermittelt habe, die die Sanierung einer alten Zechensiedlung in Homberg durch Kun verhindern wollte. Ob der Beamte dabei seine dienstliche Stellung mißbraucht hat, konnte der Zeuge nicht sagen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden der Regierungsdirektor Ludwig Bette und der Bauunternehmer Franz Schmidt, beide aus Gladbeck, vernommen. Es ging um eine Besprechung im Hause Schmidt, an der außer dem Hausherrn der damalige Gladbecker Oberbürgermeister Kalinowski sowie Kun und einige seiner Mitarbeiter teilgenommen hatten. Die Teilnehmer dieser Besprechung (außer Kalinowski) waren schon im November vor dem Ausschuß gehört worden. Bette schrieb einige Tage später in einem Brief an den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, der Kaufmann Karl Käufer aus Gladbeck habe ihm erzählt, die Vorgänge hätten sich nicht so abgespielt, wie von den Zeugen dargestellt. Als Zeuge erklärte Bette nunmehr, Käufer und der Gladbecker Rechtsanwalt Raupach hätten ihm zunächst das erzählt, was er dem Ausschuß auch mitgeteilt habe. Später schränkten sie dann ihm gegenüber ihre früheren Bekundungen ein; er vermute, dabei sei teilweise ein wirtschaftlicher Druck ausgeübt worden.

Mitglieder des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses bei der Zeugenvernehmung. Von links: Eberhard Ullrich (CDU), Vorsitzender Dr. Heinz Günther Hüsch (CDU), stellv. Vorsitzender Dr. Till Kalsbach (SPD), Werner Kuhlmann (SPD) und Aloys Schwarze (SPD).

Schmidt wurde noch einmal dazu gehört, ob zwischen Kun und Kalinowski seinerzeit für das geplante Grundstücksgeschäft eine Provision vereinbart worden sei. Der schon früher gehörte Zeuge Käufer hatte nämlich ausgesagt, Schmidt habe ihm erzählt, Kalinowski bekomme 2,2 Millionen DM und müsse ihm davon 200 000 DM abgeben. Dazu sagte Schmidt: „Käufer hat gelogen." Von einer Provision für Kalinowski wisse er nichts. Er sei mit Käufer, früher ein enger Freund von ihm, jetzt verfeindet; nur so könne er sich Käufers Aussage erklären.

Von rechts die Zeugen: Bauunternehmer Franz Schmidt (Gladbeck), Redakteur Ulrich Manz (Köln) und CDU-Ratsherr Ludwig Bette (Gladbeck).
Fotos: Tüsselmann